

BERNHARD REICHENBACH

Nationale Wirtschaftsplanung in England

TUC auf neuem Kurs

Der 94. Jahreskongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), der im September 1962 in Blackpool stattfand, ist sicher der bedeutendste in der Geschichte der britischen Arbeiterorganisationen der Nachkriegszeit. Hier wurde eine entscheidende Weichenstellung vorgenommen, die der • traditionsbelasteten britischen Gewerkschaftsbewegung die Wege zur neuen Gesellschaft frei machen soll sowohl auf der politischen wie auf der organisatorischen Ebene, in ihrem wechselseitigen Zusammenhang. Es geht um die neue Organisationsform, um damit das Rüstzeug für die neuen politischen Aufgaben zu gewinnen. Damit ist nicht die Tagespolitik mit ihren jeweiligen aktuellen Problemen gemeint, die zeitweilig im Vordergrund stehen — wie z. B. im Augenblick die Frage des Beitritts Englands zur EWG —, sondern das Hineinwachsen in den neuen „Body Politic“, den Gesellschaftskörper Englands, im Zeichen der Vollbeschäftigung und der Regierungsverantwortung für diese und für einen ständig wachsenden Lebensstandard.

Das bestätigt die Notwendigkeit einer „Nationalen Wirtschaftsplanung“, die schon nach ihrer Definition die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger wirtschaftlicher Vorgänge zur Voraussetzung hat. Nur wenn es gelingt, die mannigfachen und oft sich bekämpfenden Gruppen-Interessen im sozialen „Überbau“ aufeinander abzustimmen, kann ein Planmechanismus funktionieren, der ein Maximum an Wachstum des Sozialprodukts im jährlichen Ablauf erreichen will.

Mit der damit ausgesprochenen Abkehr von der alten Klassenkampf-Vorstellung wird natürlich nicht unterstellt, daß es keine Interessenkonflikte mehr gäbe, noch keine Kämpfe darum. Gewiß, die englischen Arbeiterorganisationen haben nie in den marxistischen Vorstellungen des Klassenkampfes gedacht; aber gegenüber der Entwicklung, die etwa die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Chaos von 1945 eingeschlagen hat, waren die englischen Gewerkschaften „zurückgeblieben“. Das zeigt sich deutlich auch in ihrer entschiedenen Ablehnung des Mitbestimmungsrechts; zwar glaub-

ten sie längst nicht mehr an die Barrikaden eines Kampfes zwischen „Lohnarbeit und Kapital“, aber nach ihrer Vorstellung saßen sich doch die „beiden Seiten der Industrie“ getrennt an den Seiten des Verhandlungstisches als Gegner gegenüber; jede Mitverantwortung der Arbeitnehmervertreter am Geschäftsgebaren eines Unternehmens wurde abgelehnt. Nun also — um im Bilde zu bleiben — bringt die neue Aufgabe die „beiden Seiten“ als Partner um den runden Tisch zusammen.

Hier werden im Grunde nur die Konsequenzen gezogen aus der von Labour Party und TUC längst geforderten *planwirtschaftlichen Regelung des Wirtschaftslebens* — jetzt, da auch eine konservative Regierung diese Aufgabe erkannt hat. So war es unvermeidlich, daß die Gewerkschaften sich bereit erklärten, dem von der Regierung einberufenen „*National Economic Development Council*“ beizutreten — dem Wirtschaftsrat, der die Grundlagen eines Fünfjahresplanes auszuarbeiten hat. Zu dieser Planung gehören die Dispositionen über die Verteilung des Sozialproduktes — kurz zusammengefaßt nach den Aufgabengebieten: Konsum und Investitionsvorhaben, innerhalb des Konsums unterteilt in privaten Konsum und sozialen Konsum (also Aufwände für Gesundheitswesen, Schulen, Straßenbau usw.), innerhalb des Investitionsprogramms, unterteilt nach Investitionen im privatwirtschaftlichen Sektor und im Sektor der öffentlichen Hand. (Die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand in England — einschließlich der verstaatlichten Betriebe — erfassen etwa 42 vH des Bruttosozialprodukts.) Damit wird die Notwendigkeit einer „*Nationalen Lohnpolitik*“ auf die Tagesordnung gesetzt, also die Einplanung des für Löhne zur Verfügung stehenden Anteils am Sozialprodukt. Das war bisher für Englands Gewerkschaften tabu; Löhne — das war das Resultat des Aushandelns zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den „beiden Seiten“ am Verhandlungstisch, nach Regeln, die dem „freien Wettbewerb“ entsprachen, bestimmt von Angebot und Nachfrage. Das war gewiß ein Anachronismus im Zeitalter der Wirtschaftsplanung — aber es bedeutet doch geradezu eine Revolution im britischen Gewerkschaftsdenken, nun entschlossen die Konsequenz daraus zu ziehen.

Natürlich — auch die neue Situation bleibt ein eminent *politisches* Phänomen. Das ergab sich denn auch aus der mit großer Mehrheit in Blackpool angenommenen Resolution zu eben dieser Frage. Nicht nur wird die Finanzpolitik der konservativen Regierung verurteilt — insbesondere der einseitige „Lohnstop“, der andere Kategorien des Einkommens außer acht läßt; der Regierung wird überhaupt die Fähigkeit abgesprochen, eine befriedigende, sozial zu verantwortende Wirtschaftspolitik durchzuführen.

Daher wird als Ziel der nächsten Wahlen die Schaffung einer Labourregierung gefordert, mit der eine gemeinsame Plattform für eine Wirtschaftsplanung mit fairer Einkommensverteilung geschaffen werden kann. Die Bereitschaft der Gewerkschaften zu einer Zurückhaltung in Lohnforderungen ist gebunden an ihre Zustimmung zu den anderen Einkommenspositionen einer planmäßig dirigierte Wirtschaft. Der Einbringer dieser von einer Reihe von Gewerkschaften vorgelegten Resolution, *Frank Cousins*, Generalsekretär des größten Verbandes — der Transportarbeiter —, hielt dem bekannten Schlagwort der Apostel der „Freien Wirtschaft“ — „*Free for All*“ — die Forderung entgegen „*Fair for All!*“

Diese Resolution fordert den Generalrat des TUC auf, seine Vorstellungen über einen Wirtschaftsplan auszuarbeiten und dem Kongreß nächstes Jahr Vorschläge zu unterbreiten für die sich daraus ergebenden wirtschafts- und finanzpolitischen Aufgaben, sowie für den neuen Verhandlungsmechanismus zur Festlegung von Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Generalsekretär des TUC, *George Woodcock*, unterstützte den Antrag, und in dieser Zusammenarbeit zwischen ihm, einem „Rechten“, und dem Führer des linken Flügels, *Cousins*, dokumentiert sich eindrucksvoll die Geschlossenheit der britischen

Gewerkschaftsbewegung. Das bestätigte sich dann auch beim zweiten Hauptthema: die Untersuchung der *Struktur des Britischen Gewerkschaftsbundes* in Hinblick auf Umorganisation. Damit wurde nun endlich ein heißes Eisen entschlossen angefaßt, aus der Erkenntnis heraus, daß eine geplante Wirtschaft eine Konzentration zur zentralen Lenkung mit sich bringt, ja ohne diese überhaupt nicht durchführbar ist — wenn sich gewiß auch ausgleichende und kontrollierende Gegenwirkungen einbauen lassen.

Dieser Aufgabe stand nun die traditionserstarre Organisation des TUC entgegen: Mit 183 Einzelgewerkschaften, die in ihren Entschlüssen autonom sind, die sich in ihren Branchen oft überschneiden und sich oft genug bestreiken, ist natürlich eine Planung unmöglich. Es wurde deutlich ausgesprochen, daß der Dachorganisation, dem TUC und seiner Spitze, dem Generalrat, mehr als nur beratende Funktionen zukommen muß (wie es bisher der Fall ist). Nahezu einstimmig wurde ein Antrag angenommen, der den Generalrat beauftragt, einen Bericht über eine Neuorganisation der Struktur des Gewerkschaftsbundes auszuarbeiten und zum nächsten Kongreß vorzulegen, „damit die Gewerkschaftsbewegung sich besser den modernen industriellen Verhältnissen anpassen kann“.

Gewiß, daß heißt nicht, daß nicht noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, da unvermeidlich für viele der Einzelgewerkschaften damit die Existenzberechtigung in Frage gestellt werden wird, ebenso wie für andere die eifersüchtig beanspruchte Position auf der Skala der Lohnunterschiede. Diese Probleme werden zunächst bei der Ausarbeitung des Planes zu scharfen Diskussionen führen — und erst recht, wenn der Plan auf dem nächsten Kongreß zur Debatte gestellt wird. Aber nun ist doch der Weg beschriftet, auf dem es langsamer vorangehen mag, als es nötig erscheinen mag — von dem es aber kein Zurück mehr geben wird.